

Die Aussicht auf in der Deutschen Evangelischen

Stimmung gegen die Opposition verschärft sich.

Berlin, 4. Juni. (Privatbatt.) Nachdem schon die Entschliessungen der Berlin-Brandenburgischen Freien Synode in den Kreisen der Deutschen Christen sehr unliebsames Aufsehen erregt hatte, hat sich die Stimmung gegen die Opposition nach dem Bekanntwerden der Beschlüsse der Barmer Bekenntnissynode noch in ganz besonderer Weise verschärft. Man anerkennt zwar, daß die Sprache der Barmer Entschliessung gemäßigter ist als die der Berliner Synode, aber der Inhalt der sogenannten sechs Punkte,

indenen die Deutschen Christen und die Reichskirche mit ganz offenen Worten der Irrlehre beschuldigt werden,

hat eine Empörung hervorgerufen, die einen sofortigen Gegenzug verlange. Die Ablehnung jedes Einflusses der jeweils herrschenden weltanschaulichen oder politischen Ueberzeugung auf die Kirche, die Ablehnung ferner des Führerprinzips in der Kirche und der Uebertragung des Totalitätsprinzips auch auf die Kirche lasse, so betont man in den Kreisen, die der Reichskirchenleitung nahe stehen, jede Aussicht auf eine schließliche Einigung verschwinden, und wenn die Barmer Entschliessung sich im letzten Satz gegen die menschliche Selbstherrlichkeit in der Kirche wendet und es ablehnt, das Wort Gottes in den Dienst eigener Wünsche, Zwecke und Ziele zu stellen, so müsse darin einfach eine persönliche Berührungsglimpfung der führenden Männer der Reichskirche und der Deutschen Christen erblickt werden. Man erwartet nicht, daß die Führertagung, die demnächst in Berlin die Hauptstreitkräfte der Opposition versammeln soll, zu einer andern Auffassung der Lage kommt, und verlangt deshalb ein sofortiges Eingreifen, schon aus der Befürchtung heraus, daß

die Gegner der Reichskirche, deren Reihen ohnedies von Woche zu Woche stärker zu werden scheinen, trotz aller Eingliederungen der einzelnen Landeskirchen schließlich die Majorität haben, wenn man sie gewähren läßt.

Die Vertreter der schärfsten Richtung innerhalb der Reichskirche verlangen die sofortige Maßregelung nicht nur der Oppositionsführer, sondern auch der Mitläufer.

Sie verlangen, daß man diese nicht nur beurlaube, sondern, wo das möglich ist, die sofortige Dienstentlassung ausspricht, und zwar ohne alle Bezüge. Gegen Feinde der Regierung und des Staates müsse mit aller Schärfe vorgegangen werden. Es ist nicht unmöglich, daß nunmehr auch die Verfassungsvorschläge der Reichskirche zurückgestellt werden, da man behauptet, keine Einigung auf friedlichem Wege mehr erwarten zu können.

1891
15496

Postversandort für Deutschland: Lörrach.
90. Jahrgang, Nr. 149.

Sten

Expedition:

Fourstraße 40 Telephon 22.860
Postcheck-Konto V 2400 (Basel)

Insertionspreise

Die 1-spaltige Millimeterzeile oder deren Raum:
Für Basel 25 Cts.
Für die Schweiz 25 Cts.
Für das Ausland 40 Cts.
Reklamen Fr. 1.25. Bei größeren Aufträgen Rabatt.
Rubric-Insertate: Basel 25 Cts., Wiederholungen 20 Cts. Insertate werden von der Publicitas A.-G. und ihren sämtlichen Filialen entgegengenommen. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Stellen oder Tagen wird keine Verantwortlichkeit übernommen.

dition Aktiengesellschaft. — Telephon 22 929.

nach Warschau.

engere Zusammenarbeit zwischen Hitler und Bilsudski auf dem Gebiete der großen Politik in Gang gebracht. Die Zurückhaltung, die sich der polnische Außenminister ~~W.~~ er Genfer Rede Deutschland gegenüber auferlegte, hängt mit diesen diplomatischen Bemühungen zusammen.

Bereits in der nächsten Woche wird Dr. Goebbels in Warschau erwartet.

Formell folgt er nur der Einladung eines polnischen Kulturverbandes zu einem Vortrag. Aber mit dem Reichspropagandaminister kommt

zum erstenmal seit dem Weltkrieg ein aktives deutsches Regierungsmitglied nach Polen.

Schon dieser Umstand gibt seinem Besuch politische Bedeutung. Selbstverständlich wird Dr. Goebbels bei diesem Anlaß auch politische Unterhaltung mit den maßgebenden polnischen Staatsmännern führen.

Dreierkomitees über Abstimmung veröffentlicht.

tion zum Nachteil der abstimmungsberechtigten Person wegen ihrer politischen Haltung während der Verwaltung durch den Völkerbund im Zusammenhang mit dem Zweck der Abstimmung; c) alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um jede Handlung ihrer Staatsangehörigen, welche diesen Verpflichtungen widerspricht, zu verhindern oder zu bestrafen. 2. Wenn zwischen Frankreich beziehungsweise Deutschland und einem Mitglied des Völkerbunds ein Streit bezüglich der Anwendung oder Auslegung der in diesem